

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Märkisches Gymnasium Schwelm, Präsidentenstr. 1 - Mensa -		
Datum 31.03.2011	Beginn 17:04 Uhr	Ende 20:40 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner	bis 20:35 Uhr - TOP A 37
Kirschner, Thorsten	
Lotz, Katharina	
Oehl, Heinz	
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	
Schwabe, Bernd Ulrich	
Tempel, Gabriele	
Werner, Gudrun	
Flüshöh, Oliver	
Grothoff-Blum, Christian	
Grüntker, Hermann	
Heinemann, Manfred	
Hens, Bernd	
Kampschulte, Matthias	bis 20:35 Uhr - TOP A 37
Nockemann, Frank	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Rüttershoff, Karen	
Steuernagel, Rolf	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Dilly, Mike	
Poschmann, Jan	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Rindermann, Horst	
Weidenfeld, Uwe	
Garn, Elke	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	bis 20:35 Uhr - TOP A 37
Lubitz, Eleonore	ab 17:15 Uhr - TOP A 2
Bockelmann, Christian Dr.	
Siepmann, Ernst Walter	

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Ferrara, Santo
Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne
Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Kaltenbach, Rosemarie
Kuss, Jürgen
Rudolph, Heike
Scheller, Hans-Joachim
Schweinsberg, Ralf
Sormund, Frank
Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Anschließend verweist er auf nachstehende Änderungen in der Tagesordnung:

HINZUKOMMENDE TOPE

neu A 4 - VL 069/2011

Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

neu A 6 - VL 065/2011

Auflösung und Bildung von städtischen Ausschüssen

neu A 7 - VL 066/2011

Ausschussbesetzungen

neu A 18 - VL 032/2011/1

Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 28.03.2011 „Klarheit in Sachen Jugend- und Sportpark“

neu A 23 - VL 067/2011

1. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

neu A 25 - VL 061/2011/1

Einbringung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

neu A 27 - VL 068/2011

Finanzierungsschlüssel VHS-Umlage

↳ *Die Vorlagen 032/2011/1, 061/2011/1, 067/2011, 068/2011 und 069/2011 liegen als Tischvorlagen aus.
Die Vorlagen 065/2011 und 066/2011 lagen in der Sitzung des HA am 24.03.2011 aus bzw. wurden zugeschickt.*

WEGFALLENDE TOPE

alt A 7 - VL 248/2010

Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 „Konzept zur Haushaltskonsolidierung“

↳ *Die Vorlage wurde im FA am 17.03.2011 noch mal in den nächsten FA vertagt !*

Herr Stobbe erläutert anschließend, dass die TOP mit den Vorlagen 129/2010, 129/2010/1 und 129/2010/2 abgesetzt werden könnten, da nur noch Beschluss über Vorlage 129/2010/3 gefasst werden müsse. Er weist darauf hin, dass die Ergänzungsvorlagen inhaltlich aufeinander aufbauen und bittet die Ratsmitglieder zu

entscheiden, ob ihnen der Inhalt der letzten Ergänzungsvorlage zur Beschlussfassung ausreiche. Ansonsten werde er alle Vorlagen aufrufen. Da kein Widerspruch erkennbar ist, schlägt er vor, die o.g. drei Vorlagen von der Tagesordnung abzusetzen.

Zum Schluss verweist er noch auf die Verschiebung des alten TOP A 7 – Vorlage 047/2011 „Festlegung des Geschäftsbereiches des 1. Beigeordneten“ auf den neuen Platz A 5 analog der Sitzung des Hauptausschusses.

Er teilt mit, dass eine geänderte Tagesordnung auf den Tischen ausliege.

Dann stellt der Bürgermeister fest, dass die eigentlich auf den Tischen ebenfalls ausliegende korrekte Anlage zur – VL 023/2011 – (Antrag der Werbegemeinschaft aus 2011) fehlt. *Sie wird daher dem Protokoll als Anlage beigelegt.*

Herr Flüshöh stellt den Antrag nach der Geschäftsordnung, den gemeinsamen Antrag der CDU, FDP, BfS und SWG vom 23.03.2011 „Umstieg von Eigenreinigung auf Fremdreinigung“ in die Tagesordnung aufzunehmen, mit dem Hinweis, in der heutigen Sitzung nicht auf einer Beschlussfassung zu bestehen, sondern zur weiteren Beratung im nächsten Sitzungszug vorzusehen.

Herr Stobbe schlägt vor, den gemeinsamen Antrag als TOP 9 zu behandeln und alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte um einen Platz nach hinten zu schieben. *Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.*

Abstimmung über die Änderung / Ergänzung der Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

A Öffentliche Tagesordnung

1	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 24.02.2011	
2	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
3	Mitteilungen des Bürgermeisters	
4	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes	069/2011
5	Festlegung des Geschäftsbereiches des 1. Beigeordneten	047/2011
6	Auflösung und Bildung von städtischen Ausschüssen	065/2011

	und Besetzung der Ausschussvorsitze	
7	Ausschussbesetzungen	066/2011
8	Ausschussumbesetzungen	062/2011
9	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP, BfS und SWG vom 23.03.2011 "Umstieg von Eigenreinigung auf Fremdreinigung"	
10	Einführung der Ehrenamtskarte in Schwelm	059/2011
11	Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen "KII" (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW	025/2011
12	Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen "Unterbrechungsfreie Stromversorgung VG I"	038/2011
13	Bebauungsplan Nr. 87 "Ottostraße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	002/2011
14	Bebauungsplan Nr. 88 "Eugenstraße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	003/2011
15	Bebauungsplan Nr. 89 "Theodor-Heuss-Straße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	004/2011
16	Bebauungsplan Nr. 90 "Löhrberger Weg" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	005/2011
17	Bebauungsplan Nr. 91 "Robert-Frese-Straße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	006/2011
18	Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch	045/2011
19	Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 28.03.2011 "Klarheit in Sachen Jugend- und Sportpark"	032/2011/1
20	Künftige Verwendung der Sportplatzfläche an der Wilhelmshöhe	032/2011
21	Bebauungsplan Nr. 93 "Spielpark Wilhelmshöhe" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch	043/2011

22	25. Flächennutzungsplanänderung "Bereich Winterberg" 1. Aufstellungsbeschluss 2. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB 3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	016/2011
23	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2011	023/2011
24	1. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	067/2011
25	Einbringung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	061/2011
26	Einbringung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	061/2011/1
27	Sachstand Umsetzung Konjunktur-Paket II	060/2011
28	Finanzierungsschlüssel VHS-Umlage	068/2011
29	Beteiligungsberichte 2008 und 2009	042/2011
30	Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen	049/2011
31	Vereinbarungen zwischen dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den kreisangehörigen Städten zur Heranziehung und zur anderweitigen Verteilung der Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II	036/2011/1
32	Festsetzung der Schulgröße der Grundschule Nordstadt	037/2011
33	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS)	129/2010/3
34	Neufassung der Entgelt- und Nutzungsordnung für die Nutzung städtischer Schul- und Kulturräume	230/2010/3

35	Fragen des Rates an die Verwaltung	
----	------------------------------------	--

A Öffentliche Tagesordnung

1	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 24.02.2011	
----------	---	--

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

2	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
----------	---	--

keine

3	Mitteilungen des Bürgermeisters	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe und Herr Schweinsberg erläutern die Beweggründe, die zur Durchführung der Ratssitzung in der Mensa des Märkischen Gymnasiums geführt haben.

Anschließend teilt der Bürgermeister mit, dass man beschlossen habe, am 19.05.2011 eine gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses durchzuführen, da einige Themen beide Gremien betreffen.

Zum Thema Brandschutz informiert Herrn Schweinsberg den Rat, dass der Kreis mit Schreiben vom 16.03.2011 über das Gutachten informiert und um Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gebeten worden sei. Die Aufsicht habe mit Fax vom heutigen Tage signalisiert, die zwingend notwendigen Maßnahmen ausnahmsweise mit zu tragen. Die erforderlichen Schritte können nun eingeleitet werden. Die Ausschreibung ist der Aufsicht ebenfalls vorzulegen. Sie habe die Auflage erteilt, die Prio-Liste nach Einsparungsmöglichkeiten hin zu untersuchen.

Herr Stobbe führt ergänzend zum Thema aus, dass man bezugnehmend auf die Diskussion im Hauptausschuss, inwieweit der Rat seinerzeit für die Beschlussfassung richtig informiert worden war, zwischenzeitlich bis in das Jahr 2008 zurück recherchiert habe.

Vorweg weist er darauf hin, dass die Darstellung in der Presse, das Anleitern sei nicht möglich, nicht stimme. Die für das Anleitern an anderer Stelle erforderlichen Durchbrüche seien fertiggestellt.

Aufgrund der durch die Mensa ausgelösten Brandschau hat der Gutachter festgestellt, dass 2002 erteilte Auflagen bisher immer noch nicht umgesetzt worden seien. Nun hat der Gutachter hierfür eine Frist bis Ende August 2011 gesetzt.

Es gehe insgesamt um zwei unterschiedliche Maßnahmen.

Die überarbeiteten Kosten für Leistungen gemäß Brandschutzkonzept Stand 2009 beliefen sich auf rd. 400.000 €. Bei einer darüber hinaus gehenden Nutzung des Atriums als Versammlungsstätte hätten zusätzlich noch rd. 300.000 € aufgewendet werden müssen.

Bei der vielfach diskutierten Lüftungsanlage handle es sich um eine Brandschutzmaßnahme, die nicht allein bei einer Nutzung des Atriums als Veranstaltungsraum erforderlich geworden wäre.
 Die Zahl der Schüler der an das Atrium angrenzenden Klassenräume betrage rd. 240 Personen. Durch einen Einbau der Lüftungsanlage werde lediglich die brandschutztechnisch geforderte Grundvoraussetzung geschaffen, um den Schulbetrieb weiter gewährleisten zu können.
 Wenn das Atrium zusätzlich Veranstaltungsstätte sein sollte, müssten weitere 300.000 € aufgewendet werden.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Verwendung der K-II-Mittel zielte seinerzeit auf die Nutzung des Atriums als Veranstaltungsstätte ab.

Abschließend sichert Herr Stobbe zu, in der Angelegenheit weiter zu recherchieren.

4	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes	069/2011
----------	--	-----------------

Bürgermeister Stobbe begrüßt Herrn Jan Poschmann als neues Mitglied des Rates. Er ist im Wege der Mandatsnachfolge in den Rat der Stadt Schwelm nachgerückt. Herr Stobbe führt Herrn Poschmann in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Anschließend bestellt der Bürgermeister Frau Gabriele Weidner zur Leiterin des Kulturbüros und spricht ihr seine Gratulation aus.

5	Festlegung des Geschäftsbereiches des 1. Beigeordneten	047/2011
----------	---	-----------------

Herr Flüshöh knüpft an die Bestellung der Frau Weidner zur Leiterin des Kulturbüros an und spricht ihr ebenfalls seinen Glückwunsch aus. Er halte es für einen guten Schritt, dass der Bereich Kultur nunmehr konzentriert in einem Kulturbüro zusammengefasst sei.

Herr Stobbe ergänzt, dass man sich gemeinsam hieraus Synergien verspreche.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass der Geschäftsbereich des 1. Beigeordneten die Aufgabenbereiche der folgenden Organisationseinheiten umfassen soll: Fachbereich Finanzen, Fachbereich Familie und Bildung, Fachbereich Bürgerservice, Regionalstelle Schwelm des Jobcenter-EN.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

6	Auflösung und Bildung von städtischen Ausschüssen und Besetzung der Ausschussvorsitze	065/2011
----------	--	-----------------

Herr Stobbe teilt dem Rat mit, dass er wie auch bereits im Hauptausschuss über die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen lassen möchte, da er selbst teilweise stimmberechtigt sei und zum Teil nicht.

Nachdem der Rat mit getrennter Beschlussfassung einverstanden ist, ruft er zur Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages auf.

Vor Abstimmung über Punkt 3 weist er darauf hin, dass sich alle Fraktionen intern auf ein schriftliches Bestimmungsverfahren geeinigt haben. Er verliest die Namen der jeweiligen Vorsitzenden und deren Stellvertretungen der einzelnen Ausschüsse.

Herr Gießwein weist vor Abstimmung über Punkt 3 darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss aus der Beschlussfassung ausgeklammert werden müsse, da der Vorsitz und die Stellvertretungen von den stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses gewählt werden.

Der Bürgermeister ruft somit zur Beschlussfassung über den entsprechend geänderten Punkt 3 des Beschlussvorschlages auf. Anschließend fragt er, ob dieser Einigung widersprochen werde und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt

- die Auflösung des Ausschusses für Kultur und Sport mit Ablauf des 31.03.2011,
- die Bildung des Sportausschusses ab 01.04.2011 und
- die Bildung des Kulturausschusses ab 01.04.2011.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

2. Der Rat beschließt folgende Anzahl der Ausschusssitze:

- Sportausschuss mit **11** Mitgliedern, sowie 1 beratendes Mitglied des Stadtsportverbandes
- Kulturausschuss mit **11** Mitgliedern, sowie **je 1** beratendes Mitglied des Heimatkundevereins, Verschönerungsvereins, der Landsmannschaft und des Arbeitskreises Schwelmer Baugeschichte.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

3. Der Rat beschließt folgende Besetzung der Ausschussvorsitze:
GEÄNDERTER BESCHLUSS !!!

Ausschuss	Vorsitz	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Hauptausschuss	Bürgermeister § 57 Abs. 3 GO NRW	Frau Sartor CDU	Frau Dr. Hortolani SPD
Finanzausschuss	Herr Schwunk FDP	Herr Kick SPD	Herr Flühöh CDU
Rechnungsprüfungs- ausschuss	Herr Steuernagel CDU	Herr Schwunk FDP	Herr Kirschner SPD
Wahlprüfungs- ausschuss	Herr Rüttershoff CDU	Herr Schwabe SPD	Herr Ferrara SPD
Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung	Herr Schier SPD	Herr Nockemann CDU	Herr Rindermann GRÜNE
Schulausschuss	Herr Philipp SPD	Herr Hens CDU	Frau Dr. Hortolani SPD
Sportausschuss	Herr Rüttershoff CDU	Frau Lotz SPD	Herr Siepman BfS
Kulturausschuss	Frau Dr. Hortolani SPD	Frau Sartor CDU	Frau Garn SWG
Sozialausschuss	Frau Orentat-St. SPD	Herr Steuernagel CDU	Frau Eleonore Lubitz DIE LINKE.
Liegenschafts- ausschuss	Herr Grüntker CDU	Herr Weidenfeld GRÜNE	Herr Ferrara SPD

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

7	Ausschussbesetzungen	066/2011
----------	-----------------------------	-----------------

Bürgermeister Stobbe erklärt, dass sich alle Fraktionen des Rates auf den in der Vorlage dargestellten einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt haben und stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden. Er weist darauf hin, dass der einstimmige Beschluss über die Annahme des Wahlvorschlages ausreichend sei.

Herr Feldmann bemängelt mit Hinweis auf die Besetzung des Kulturausschusses, dass seinerzeit entschieden worden sei, einen Vertreter der Schwelmer Baugeschichte aufzunehmen, aber dafür einen Vertreter des Koordinierungskreises Ausländischer Mitbürger nicht.

Herr Stobbe erläutert, dass dies die Entscheidung nach der Konstituierung gewesen sei und man nun bei der Besetzung der zwei neu gebildeten Ausschüsse daran anknüpfe. Sicherlich müsse dies für die Zukunft neu geregelt werden.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt folgende personelle Ausschussbesetzungen:

1.1 - Sportausschuss					
Mitglieder			stellvertretende Mitglieder		
Katharina Lotz	R	SPD	1. Ulrike Gerdum	skB	SPD
Santo Ferrara	R	SPD	2. Heinz Oehl	R	SPD
Günther Dresen	skB	SPD	3. Doreen Grunewald	skB	SPD
			4. Sascha Mayer	skB	SPD
Heinz-Joachim Rüttershoff	R	CDU	1. Karen Rüttershoff	R	CDU
Hermann Grüntker	R	CDU	2. Andreas Happe	skB	CDU
Jürgen Lenz	skB	CDU	3. Christiane Sartor	R	CDU
			4. Hartmut Ziebs	skB	CDU
Volker Abels	skB	GRÜNE	1. Stefan Högn	skB	GRÜNE
			2. Horst Rindermann	R	GRÜNE
Olav Adelberger	skB	FDP	1. Reiner Riess	skB	FDP
			2. Klaus Meckel	skB	FDP
Heidi Sprungmann	skB	SWG	1. Lothar Sprungmann	skB	SWG
			2. H. Walter Boecker	skB	SWG
Ernst-Walter Siepmann	R	BfS	1. Miguel Ordonez Del Cid	skB	BfS
			2. Roswitha Röllinghoff	skB	BfS
Jürgen Feldmann	R	DIE LINKE.	1. Rainer Zachow	skB	DIE LINKE.
beratendes Mitglied des Stadtsportverbandes					
Johannes Grüner		skE	Reinhild Weitzsch		skE

1.2 - Kulturausschuss					
Mitglieder			stellvertretende Mitglieder		
Dr. Frauke Hortolani	R	SPD	1. Carina Stobbe	skB	SPD
Thorsten Kirschner	R	SPD	2. Bernd Schwabe	R	SPD
Dr. Hartmut Krüpe-Silbersiepe	skB	SPD	3. Gerd Philipp	R	SPD
			4. Gudrun Werner	R	SPD

Bernd Hens	R	CDU	1. Mike Knappe	skB	CDU
Hermann Grüntker	R	CDU	2. Tobias Leibiger	skB	CDU
Christiane Sartor	R	CDU	3. Manfred Heinemann	R	CDU
			4.		CDU
Dietrich Rauschtenberger	skB	GRÜNE	1. Brigitte Gregor-Rauschtenberger	skB	GRÜNE
			2. Brigitta Gießwein	R	GRÜNE
Jan Poschmann	R	FDP	1. Mike Dilly	R	FDP
			2. Olav Adelberger	skB	FDP
Elke Garn	R	SWG	1. Jürgen Kranz	R	SWG
			2.		SWG
Roswitha Röllinghoff	skB	BfS	1. Miguel Ordonez Del Cid	skB	BfS
			2. Dr. Christian Bockelmann	R	BfS
Cornelia Schmidt	skB	DIE LINKE.	1. Eleonore Lubitz	R	DIE LINKE.
beratendes Mitglied des Heimatkundevereins					
Anne Peter		skE	Wolfgang Kaspar		skE
beratendes Mitglied des Verschönerungsvereins					
Martin Schwamborn		skE	Bernhard Gläser		skE
beratendes Mitglied des Landsmannschaft					
Günter Moos		skE	N.N.		
beratendes Mitglied des Arbeitskreises Schwelmer Baugeschichte					
Ernst-Rudolf Nicolay		skE	N.N.		

2. Die vom Rat am 29.10.2009 unter Ziffer 4 der Vorlage 137/2009/1 beschlossene allgemeine Stellvertretungsregelung bleibt unberührt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

NB: Bürgermeister

8	Ausschussbesetzungen	062/2011
----------	-----------------------------	-----------------

Vor Beschlussfassung weist der Bürgermeister auf eine Ergänzung der in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Ausschussbesetzungen beim Liegenschaftsausschuss hin. Statt des dort aufgeführten „N.N.“ werde Herr Gerd Philipp benannt.

Anschließend ruft er zur Abstimmung des ergänzten Beschlussvorschlages auf.

Ergänzter Beschluss:

Die in Anlage 1 zur Vorlage 062/2011 aufgeführten Änderungen in Ausschussbesetzungen, *ergänzt um Herrn Gerd Philipp als 4. stellvertretendes Mitglied der SPD im Liegenschaftsausschuss*, sowie die Änderung der in die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd entsendeten Vertreter und Stellvertreter der Stadt Schwelm werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

9	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP, BfS und SWG vom 23.03.2011 "Umstieg von Eigenreinigung auf Fremdreinigung"	
----------	--	--

Herr Flüshöh erörtert die Beweggründe für den gemeinsamen Antrag.

In der heutigen Sitzung solle kein Beschluss gefasst werden, sondern es gehe um die Positionsbestimmung.

Das Thema „Reinigung“ werde nun seit ca. 1 ½ bis 2 Jahren diskutiert. Bereits das in 2008 erstellte GPA-Gutachten habe Einsparpotenzial ausgewiesen und das kürzlich im Finanzausschuss vorgelegte bebra-Gutachten über die Reinigung am Objekt Gmynasium habe eine fast mögliche Halbierung der Kosten um rd. 93.000 € bei einer Fläche von 11.000 m² aufgezeigt. Hochgerechnet auf die gesamt zu reinigende Fläche ergäbe sich eine Kostenreduzierung von rd. 750.000 €, zumindest eine im 6-stelligen Bereich. Die mitberechneten Flächen, die es gar nicht gebe, noch nicht mitberücksichtigt.

Dies zeige eine Dimension der Ersparnis auf, die überprüft und diskutiert werden müsse. Nach derartigen Erkenntnissen könne nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Aus diesem Grund haben sich die vier Fraktionen CDU, FDP, BfS und SWG zu dem gemeinsamen Antrag, der nun zügig behandelt werden müsse, entschieden.

Bisher habe man sich gegen betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen, aber angesichts der unerwartet hohen Werte müsse man nun abwarten, welche Maßnahmen nach Analyse des Sachverhaltes und der Zahlen notwendig werden.

Herr Schwunk bezieht sich auf die Diskussion im Hauptausschuss zur Bewertung der Dringlichkeit des Antrages. Die Verwaltung habe dort gesagt, dass drei der befristeten Arbeitsverhältnisse verlängert würden. Bezogen auf das Ergebnis des Gutachtens könne das nicht hingenommen werden. Der Antrag wäre dringlich gewesen und hätte seines Erachtens beraten werden müssen.

Die Diskussion zur Reinigung werde schon seit 2004 geführt. Wenn sich herausstelle, dass die Flächen in der Vergangenheit falsch berechnet worden sind, werde er darauf bestehen, dass diese von einem externen Gutachter ermittelt werden. Insgesamt werde die FDP die sozialen Belange der Mitarbeiterinnen berücksichtigen.

Herr Schier bestätigt, dass kein Zweifel daran bestehe, sich über das bebra-Gutachten unterhalten zu müssen. Es sei schon befremdend, dass die derart hohe Flächendifferenz über Jahrzehnte nicht aufgefallen sei. Die Fraktion der SPD stehe dafür, das für gute Arbeit auch guter Lohn zu zahlen sei und auch dass sie betriebsbedingte Kündigungen nicht mittragen werde.

Herr Gießwein schließt sich in Teilen den Ausführungen des Herrn Schier an. Er erläutert, dass die Diskussion um die Reinigung bereits vor 30 Jahren begann. Für die Fraktion B'90/Die Grünen sei der gemeinsame Antrag ein unnötiger Schnellschuss. Die Verwaltung habe mehrfach deutlich gemacht, dass es ab 01.04.2011 keine befristeten Verträge und Verlängerungen mehr gebe. Das Gutachten werfe zum einen die Frage nach der Herkunft des Wertes für die Reinigungskosten für Fremdreinigung auf und zum anderen werden die Reinigungsstunden nicht schlüssig erläutert. Das Gutachten aus 2004 hingegen sei deutlich differenzierter und schlüssiger dargestellt. Die aufkommenden Fragen müssten geklärt werden. Über die ganze Angelegenheit könne man erst reden, wenn eine verlässliche Zahlengrundlage vorliege. Den Antrag würden sie heute ablehnen, einer Vertagung aber zustimmen.

Frau Effert weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder sehr wohl die Verantwortung für die Finanzen der Stadt Schwelm, aber auch für die städtischen Mitarbeiter tragen. Der aktuell von der Thematik betroffene Personenkreis von 40 Arbeitsplätzen bestehe überwiegend aus Frauen. Sie wage aus Erfahrung die Prognose, dass bei Verlust des Arbeitsplatzes mindestens 2/3 dieser Frauen langfristig arbeitslos bleiben. Sie appelliert an die Ratsmitglieder, sich ihrer sozialen Verantwortung zu stellen. Dies heiße nicht, dass nicht trotzdem eingespart werden könne.

Herr Feldmann bestätigt, dass sich das Thema Reinigung bereits seit über 30 Jahren hinziehe. Seiner Meinung nach liege ein Einsparpotenzial bei Umstieg von Eigen- auf Fremdreinigung nicht vor, da die Objekte unter einer Fremdreinigung leiden. Wenn im Bereich der Reinigung auf externen Gutachtern bestanden werde, dann müssten dies auch in anderen Verwaltungsbereichen gefordert werden. Die Fraktion DIE LINKE. habe bisher gegen jede Stellenkürzung gestimmt und werde dies auch zukünftig tun.

Bürgermeister Stobbe erklärt zunächst, dass er sich gegen die vorgetragene ehrabschneidenden Äußerungen des Herrn Schwunk verwahre. Die Verwaltung sei durchaus in der Lage, eigenständig zu denken ohne den Beschluss des Rates zu benötigen. Auch sei es nicht korrekt gewesen, dass die Betroffenen vor der Dienstbesprechung am Dienstag aus der Presse von der Angelegenheit erfahren mussten.

Das Personalwirtschaftskonzept sehe die Streichung von sechs Vollzeitstellen vor. Das die Verwaltung nicht über die Entwicklung im Bereich der Reinigung nachdenke, sei falsch.

Seit 2002 sei keine unbefristete Reinigungskraft mehr eingestellt worden. Man habe seit Jahren mit befristeten Kräften gearbeitet. Alle seien sich einig darüber, dass es notwendig ist, sachlich zu überlegen und zu diskutieren, wie es in dem Bereich der Reinigung weiter gehen solle. Die Fraktionen haben sich auf ein gemeinsames Gespräch am 07.04.2011 verständigt. Er werde den Gutachter zu dem Gespräch hinzubitten.

Herr Flüshöh stellt den Antrag nach der Geschäftsordnung, die Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der CDU, FDP, BfS und SWG vom 23.03.2011 in den nächsten Hauptausschuss zu vertagen und heute keinen Beschluss zu fassen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

10	Einführung der Ehrenamtskarte in Schwelm	059/2011
-----------	---	-----------------

Herr Philipp erklärt, dass es unterschiedliche Sichtweisen gebe, wie ehrenamtliche Arbeit gewürdigt werden könnte. Er selbst würde jedoch sehr begrüßen, wenn man auch in Schwelm parallel zur Ehrenamtskarte hin und wieder ein Treffen ehrenamtlich Tätiger veranstalten könnte, beim dem ihnen nicht nur Dank ausgesprochen, sondern auch eine Gelegenheit geboten werde, sich gegenseitig auszutauschen.

Anschließend spricht Herr Philipp die Frage der Finanzierung an. Die allgemeine Haltung in der Politik war, den Service bieten, eine Stelle dafür aber nicht einrichten zu wollen. Die Finanzen seien zwischenzeitlich geklärt. Das Land leiste nun die Startfinanzierung. Bisher habe die Servicestelle Ehrenamt ordentliche Arbeit für geringen Lohn erbracht.

Bezugnehmend auf die Aussage aus der Vorlage, dass Kooperationspartner in allen Bereichen gesucht werden können, fordert er die Mitglieder des Rates auf, diese Suche für die Verwaltung zu übernehmen und vorhandene Kontakte zu nutzen.

Herr Flüshöh antwortet, dass dies selbstverständlich sei.

Herr Steuernagel ergänzt, dass die Zielgruppe der Ehrenamtskarte auch die Bürger seien, die im Hintergrund still und leise ihre ehrenamtliche Tätigkeit verrichteten.

Beschluss:

Die Ehrenamtskarte soll in Schwelm eingeführt werden. Die Verwaltung wird daher beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Vereinbarung mit dem Land NRW zu schließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

11	Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen "KII" (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW	025/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied am 26.01.2011 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW über die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 130.960,40 EUR bei der Haushaltsstelle 01.01.13./0174.785100 – "K II: Feuerwehrgerätehaus Linderhausen".

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

12	Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen "Unterbrechungsfreie Stromversorgung VG I"	038/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13./0183.783100 - "Unterbrechungsfreie Stromversorgung VG I" werden außerplanmäßige Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 28.000,-- EUR bewilligt. Die Deckung muss im laufenden Haushaltsjahr erwirtschaftet werden. Die Ausführung der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

13	Bebauungsplan Nr. 87 "Ottostraße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	002/2011
-----------	--	-----------------

Herr Stobbe erklärt, dass er die Tagesordnungspunkte 13 bis 17 mit den Vorlagen 002/2011, 003/2011, 004/2011, 005/2011 und 006/2011 zusammen aufrufe.

Nach der Sitzung des Hauptausschusses habe man festgestellt, dass offensichtlich noch Klärungsbedarf bestehe. Die Verwaltung ziehe daher die Vorlagen 002/2011 – 006/2011 zurück und bringe die Angelegenheit mit neuen Vorlagen unter Berücksichtigung der vorgetragenen Aspekte erneut in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung ein.

Herr Weidenfeld bittet, bei der Untersuchung der Flächen das Potenzial für ökologische Verbesserungen aufzuzeigen.

14	Bebauungsplan Nr. 88 "Eugenstraße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	003/2011
-----------	---	-----------------

Siehe TOP A 13 !

15	Bebauungsplan Nr. 89 "Theodor-Heuss-Straße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	004/2011
-----------	--	-----------------

Siehe TOP A 13 !

16	Bebauungsplan Nr. 90 "Löhrberger Weg" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	005/2011
-----------	--	-----------------

Siehe TOP A 13 !

17	Bebauungsplan Nr. 91 "Robert-Frese-Straße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	006/2011
-----------	---	-----------------

Siehe TOP A 13 !

18	Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch	045/2011
-----------	---	-----------------

Herr Kranz bezieht sich auf die Aussage des Herrn Schier im Hauptausschuss und erklärt, dass er den Beschluss nicht mittragen werde.

Nach diversen Wortbeiträgen zur Parkplatzsituation in der Innenstadt weist Herr Stobbe darauf hin, dass man sich erst in der Phase des Aufstellungsbeschlusses befinde. Im weiteren Verlauf können Anregungen vorgetragen und ggf. noch aufgenommen werden.

Beschluss:

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 92 „Drosselstraße“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung gem. § 2 (5) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 19, Flurstücke 153 – 155, 162, 849, 1037, 1039 tlw. und 1049. Der genaue Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7) BauGB.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB in Form einer Bürgerversammlung durchzuführen. In der Versammlung soll über Ziele und Zwecke der Planung informiert werden. Der Öffentlichkeit soll Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

19	Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 28.03.2011 "Klarheit in Sachen Jugend- und Sportpark"	032/2011/1
----	--	------------

Herr Gießwein erklärt die Gründe, die zur Antragstellung geführt haben. Nach der Diskussion im Finanzausschuss sei ihm klar geworden, dass der Beschlussvorschlag, einen Jugend- und Sportpark zu gründen, heute abgelehnt werden würde. Es habe sich dort gezeigt, dass zum Teil noch offene Fragen existieren und einzelne Punkte von einzelnen Fraktionen nicht mitgetragen werden können. Auch die Finanzierung war immer wieder Thema.

Es gehe darum, einen Platz für die Jugendlichen unserer Stadt zu schaffen und die Frage, ob es eine Chance gibt, etwas für unsere Jugend zu tun. Hier hoffe er auf breite Zustimmung.

Der Antrag wurde gestellt, damit jede Fraktion zu den verschiedenen Punkten ihre Zielsetzung zum Ausdruck bringen kann.

Aus diesem Grund wünsche er auch eine getrennte Abstimmung über jeden einzelnen Punkt.

Es schließt sich eine kritische Erörterung des Themas unter Beteiligung nahezu aller Fraktionen an, nach der Herr Stobbe den Diskussionsstand zusammenfasst.

Auf der einen Seite stehe der ursprüngliche Beschlussvorschlag, der abgelehnt worden sei und auf der anderen Seite der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen, bei dem geprüft werden müsse, in wie weit man sich in den Einzelpositionen annähern könne. Er verweist hier auf den am 11.04.2011 geplanten Workshop.

Herr Flüshöh stellt an Stelle des Antrags der Fraktion B'90/Die Grünen den nachstehenden Wortlaut zur alternativen Abstimmung vor:

"Der Rat der Stadt favorisiert die künftige Umwandlung der Sportplatzfläche an der Wilhelmshöhe in eine Spiel- und Freizeitfläche. Eine abschließende Festlegung wird im Rahmen der zu führenden umfassenden Flächendiskussion für die Stadt Schwelm erfolgen. Weitere und konkretere Planungen werden ausgeschlossen."

Nach dem der Alternativvorschlag des Herrn Flüshöh beim Antragsteller auf Ablehnung stößt, ruft der Bürgermeister zu Einzelabstimmung über die einzelnen Spiegelstriche 1 – 9 des Antrages vom 28.03.2011 auf.

Abstimmung über Punkt 1:

„Der Rat der Stadt Schwelm stellt fest, dass in Schwelm die dringende Notwendigkeit besteht, die Situation für Jugendliche zu verbessern.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Abstimmung über Punkt 2:

„Der Rat der Stadt Schwelm schließt sich der Feststellung des Spielflächenbedarfsplanes an, dass es in Schwelm insbesondere an einem

Aufenthaltort für Jugendliche fehlt. Wörtlich: „An den meisten der bisher genutzten informellen Treffpunkten sind die Jugendlichen mit zum Teil erheblichen Konflikten nur geduldet, da die Primärnutzung in der Regel eine andere ist. Hier sind Angebote zu schaffen, die explizit als Jugendtreffpunkte ausgewiesen sind.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Abstimmung über Punkt 3:

„Der Rat der Stadt Schwelm ist der Ansicht, dass solche Angebote nur an einigermaßen zentraler Stelle Sinn machen.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	19
	Enthaltungen:	

- angenommen -

Abstimmung über Punkt 4:

„Der Rat der Stadt Schwelm schließt sich folgender Formulierung an: „Die Sportplatzfläche an der Wilhelmshöhe befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Eine Nutzung für sportliche Aktivitäten ist zur Zeit kaum möglich. Für eine reine Nutzung als Sportplatz besteht kein Bedarf. Aus diesem Grunde wird überlegt, das Gelände einer anderen Nutzung zuzuführen.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Abstimmung über Punkt 5:

„Der Rat der Stadt Schwelm schließt sich dem vom Spielflächenbedarfsplan vorgeschlagenen Standort für einen Jugend- und Sportpark an. Wörtlich: „Als Standort wird vorgeschlagen der ehemalige Sportplatz Grothestraße.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Abstimmung über Punkt 6:

„Der Rat der Stadt Schwelm fasst zusätzlich folgenden Beschluss: „Für die Sportplatzfläche an der Wilhelmshöhe wird die Nutzung als Sportplatz aufgehoben. Stattdessen soll diese Fläche für einen Jugend- und Sportpark genutzt werden. Der

in der Vorlage 032/2011 dargestellte Sachverhalt wird an dieser Stelle explizit nicht mit beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Abstimmung über Punkt 7:

„Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung Kontakt mit Firmen aufzunehmen, die solche Jugend- und Sportparks bereits geplant und gebaut haben. Es sollen gemeinsam mit diesen Firmen Planungsvarianten erarbeitet werden und eine verlässliche Kostenberechnung erstellt werden.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Abstimmung über Punkt 8:

„Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung mit der Aufsicht zu klären, in wie weit größere Projekte im Bereich der Spielflächen generell möglich sind, die einer Finanzierung über mehrere Jahre bedürfen.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Abstimmung über Punkt 9:

„Bei einer positiven Auskunft der Aufsicht wird die Verwaltung beauftragt für die künftige Nutzung einen qualifizierten Bebauungsplan aufzustellen.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Anschließend verliert Herr Flühöh auf die Bitte des Herrn Stobbe erneut seinen Antrag.

Der Bürgermeister fragt den Antragsteller, ob der letzte Satz gestrichen werden könne, wenn die Verwaltung den Bebauungsplan Vorlage 043/2011 zurückziehe.

Herrn Flühöh beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung: 19:57 Uhr – 20:00 Uhr

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister erklärt Herr Flühöh, die Formulierung wie vorgetragen aufrecht zu erhalten.

Herr Stobbe ruft zur Abstimmung über den Antrag der CDU auf.

"Der Rat der Stadt favorisiert die künftige Umwandlung der Sportplatzfläche an der Wilhelmshöhe in eine Spiel- und Freizeitfläche. Eine abschließende Festlegung wird im Rahmen der zu führenden umfassenden Flächendiskussion für die Stadt Schwelm erfolgen. Weitere und konkretere Planungen werden ausgeschlossen."

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	9

- angenommen -

20	Künftige Verwendung der Sportplatzfläche an der Wilhelmshöhe	032/2011
-----------	---	-----------------

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung die Vorlage zurückziehe.

21	Bebauungsplan Nr. 93 "Spielpark Wilhelmshöhe" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch	043/2011
-----------	--	-----------------

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung die Vorlage zurückziehe.

22	25. Flächennutzungsplanänderung "Bereich Winterberg" 1. Aufstellungsbeschluss 2. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB 3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	016/2011
-----------	--	-----------------

Herr Weidenfeld erklärt für die Fraktion B'90/Die Grünen, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, um die weiteren Planungen nicht zu behindern. Die weitere Entwicklung der Flächenplanung werde sie aber im Hinblick auf die Berücksichtigung der ökologischen Belange mit Skepsis beobachten.

Herr Feldmann teilt mit, dass er den Beschlussvorschlag ablehnen werde. Die Fläche sei eine wichtige Frischluftzone. Im übrigen sei in Schwelm ein Rückgang der Bevölkerungszahlen erkennbar.

Herr Kranz schließt sich den Ausführungen des Herrn Weidenfeld an. Um die weiteren Planungen nicht zu behindern, wird er dem Beschlussvorschlag trotz Bedenken zustimmen.

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 und 4 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die Aufstellung der 25. Flächennutzungsplanänderung (Bereich Winterberg) beschlossen.
2. Das von der Verwaltung erstellte Darlegungskonzept wird angenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 25. Flächennutzungsplanänderung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Die Unterlagen zur Änderung sind für die Dauer von 2 Wochen im Fachbereich 5/6 Bürgerservice öffentlich auszulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	37
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

23	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2011	023/2011
-----------	--	-----------------

Herr Kirschner erläutert, dass er entgegen seiner grundsätzlichen Auffassung der Beschlussfassung zustimmen werde, um den Standort Schwelm zu stärken. Er bedauert, das die Werbegemeinschaft nicht auch den Sonntag gewählt hat, an dem der Schwelmer Weihnachtsmarkt stattfindet. Da sich der Weihnachtsmarkt nicht so ohne weiteres verschieben lasse, appelliere er an die Werbegemeinschaft.

Herr Feldmann erklärt, dass er die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen nach wie vor ablehne. Arbeitnehmer werden ohnehin durch Schichtarbeit, Wochenendarbeit usw. zunehmend mehr eingeschränkt. Im übrigen bezweifle er den positiven wirtschaftlichen Charakter.

Beschluss:

Die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	2

24	1. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	067/2011
-----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

25	Einbringung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs - und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	061/2011
-----------	---	-----------------

Herr Schweinsberg führt zur aktuellen Haushaltssituation aus, dass die Finanzlage zwar immer noch als sehr erst, aber stabil zu bezeichnen sei. Gemeinsam sei es durch verschiedene Maßnahmen gelungen, das Haushaltsdefizit um 1,1 Mio. zu senken. In den Fachgremien werden man nun genauer das weitere Vorgehen beraten.

Er betont, dass es wichtig sei, die weiteren Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung gemeinsam, fachkompetent, konstruktiv und offen fortzusetzen. Hierzu sei erforderlich, die einzelnen Maßnahmen in der Politik eng aufeinander abzustimmen. Die Verwaltung werde diese Prozesse nach besten Kräften unterstützen.

Herr Philipp erinnert ergänzend an anstehende Investitionen für den Brandschutz in der Südstraße, die im vorhandenen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind.

Beschluss:

Der Entwurf des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs – und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 wird zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

26	Einbringung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs - und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	061/2011/1
-----------	---	-------------------

Kenntnisnahme festgestellt

27	Sachstand Umsetzung Konjunktur-Paket II	060/2011
-----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

28	Finanzierungsschlüssel VHS-Umlage	068/2011
-----------	--	-----------------

Herr Steuernagel bezieht sich auf seine im Finanzausschuss vorgetragenen Vorwurf, dass das Rechnungsprüfungsamt die Vorlage 010/2011 nicht erhalten habe.

Er habe nach den Ausführungen des Herrn Schweinsberg im Hauptausschuss nochmals beim Prüfungsamt Rückfrage gehalten und bestätigt bekommen, dass digital auf die Sitzungsunterlagen zugegriffen werde.

Er bittet in aller Form für seinen hart vorgetragenen Vorwurf um Entschuldigung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm fordert, dass der Zuschuss zum Zweckverband VHS gleichmäßig auf alle an der VHS beteiligten Städte durch eine Neuordnung des Verteilungsschlüssels verteilt wird. Der Vorschlag des Bürgermeisters in der Sitzung der beteiligten Städte zum Thema VHS am 24.02.2011, eine stufenweise Umstellung der Verbandsumlage einzuleiten, wird unterstützt.
2. Der Rat der Stadt Schwelm fordert die VHS auf, das Angebot hinsichtlich des Kostendeckungsgrades so zu überprüfen, dass bereits im Markt vorhandene Angebote, die nicht kostendeckend sind, zukünftig vermieden werden oder durch Absprachen mit anderen öffentlich finanzierten Anbietern gemeinsam eine deutlich höhere Kostendeckung erzielt wird, ggf. dadurch, dass verschiedene Anbieter jeweils einzelne Angebote aufgeben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

29	Beteiligungsberichte 2008 und 2009	042/2011
-----------	---	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

30	Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen	049/2011
-----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

31	Vereinbarungen zwischen dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den kreisangehörigen Städten zur Heranziehung und zur anderweitigen Verteilung der Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II	036/2011/1
-----------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Neufassung der Satzung des Ennepe-Ruhr-Kreises über die Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung von Aufgaben des Ennepe-Ruhr-Kreises als Träger der Leistungen nach dem SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende - sowie die Beteiligung der kreisangehörigen Städte an den kommunalen Leistungen Im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II (Anschlussvereinbarung) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Anschlussvereinbarung abzuschließen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

32	Festsetzung der Schulgröße der Grundschule Nordstadt	037/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Die Schulgröße (Parallelklassen pro Jahrgang) der Grundschule Nordstadt wird ab dem Schuljahr **2012/13** auf 2 Klassen festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

33	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS)	129/2010/3
-----------	--	-------------------

Herr Dilly bezieht sich auf seine Ausführungen im Finanzausschuss. Er spreche sich für eine Erhöhung aus, aber nicht in der Höhe, die die Verwaltung vorschlage. Er bedauere, dass auf seine Ausführungen nicht eingegangen worden sei.

Anschließend ruft Herr Stobbe zur getrennten Abstimmungen über die Punkte „A“ und „B“ des Beschlussvorschlages auf.

Nach erfolgter Abstimmung bittet der Bürgermeister die Politik ein Signal zu geben, mit welcher Zielrichtung die Verwaltung die Angelegenheit nun weiter vorbereiten solle.

Beschluss:

A) (Höhere Anliegeranteile)

Der Rat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS) gemäß der Anlage 1 zur Beschlussvorlage der Verwaltung Nr. 129/2010/3.

Der Beschluss des Rates vom 9.12.2010 zu TOP 11 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

B) (Alte Anliegeranteile)

Der Rat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS) gemäß der Anlage 2 zur Beschlussvorlage der Verwaltung Nr. 129/2010/3.

Der Beschluss des Rates vom 9.12.2010 zu TOP 11 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	19
	Enthaltungen:	4

- abgelehnt -

34	Neufassung der Entgelt- und Nutzungsordnung für die Nutzung städtischer Schul- und Kulturräume	230/2010/3
-----------	---	-------------------

Herr Steuernagel gibt eine persönliche Erklärung an, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Herr Gießwein erläutert, warum die Fraktion B'90/Die Grünen der Vorlage so nicht zustimmen könne.

Herr Steuernagel teilt mit Hinweis auf seine persönliche Erklärung mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Stobbe weist darauf hin, dass der Antrag der SPD vom 23.02.2011 zurückgezogen wurde.

Protokollnotiz der Verwaltung:

Den Antrag der BfS-Fraktion vom 09.02.2011 in der Ratssitzung zur Abstimmung zu bringen war obsolet, da man sich in der Sitzung des

Finanzausschusses am 17.03.2011 darauf verständigt hatte, dass für die Mensa eine entsprechende Kostenberechnung erstellt werde.

Beschluss:

1. Die Änderung der Entgelt- und Nutzungsordnung für städtische Räume und Außenflächen und die Erhöhung der Entgelte wird, wie in der Verwaltungsvorlage Nr.230/2010/3 vorgeschlagen, beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entgelt- und Nutzungsordnung rechtzeitig zum Haushaltsjahr 2013 einer Revision zu unterziehen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	

35	Fragen des Rates an die Verwaltung	
-----------	---	--

keine

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 27 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 01.04.2011	Schriftführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------